



NORDRHEIN-  
WESTFÄLISCHER  
**LEHRERVERBAND**

Pressemitteilung

Düsseldorf, 23. Juni 2026

# **Geplantes LADG hat erhebliche Folgen für pädagogischen Alltag**

**NRWL-Präsident Meik Bruns warnt vor dem Ende pädagogischer Freiheit und fordert die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form zurückzuziehen oder ihn zumindest grundlegend zu überarbeiten.**

Der Nordrhein-Westfälische Lehrerverband (NRWL) lehnt den Entwurf des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) in seiner jetzigen Form strikt ab. Aus Sicht des Verbandes schafft der Gesetzentwurf keinen zusätzlichen Schutz vor Diskriminierung an Schulen, sondern etabliert ein Klima des Misstrauens gegenüber Lehrkräften und schwächt ihre pädagogische Handlungsfreiheit. „Das Land darf seine Lehrkräfte nicht unter Generalverdacht stellen und das anschließend als Fortschritt verkaufen“, kritisiert NRW-Präsident Meik Bruns.

Kritisch sieht der NRW vor allem die vorgesehene Beweislastumkehr im LADG. Künftig soll bereits eine plausibel vorgetragene Diskriminierungsvermutung ausreichen, um Lehrkräfte in aufwändige Prüf- und Beschwerdeverfahren zu zwingen, ohne dass ein objektiver Nachweis für eine Diskriminierung vorliegen muss. Einen Negativbeweis, also den Nachweis, nicht diskriminiert zu haben, können beschuldigte Lehrerinnen und Lehrer in der Praxis kaum führen. „Gute Gesetze schaffen Vertrauen. Schlechte Gesetze produzieren Aktenordner“, warnt Bruns mit Blick auf die absehbare Dokumentations- und Rechtfertigungspflichten.

## **Vertrauensverhältnis an Schulen wird ohne Not infrage gestellt**

Der NRW-Präsident befürchtet erhebliche Auswirkungen auf den pädagogischen Alltag. Jede Notengebung, die Auswahl einer Lektüre und jede schulische Entscheidung könnte demnach unter Diskriminierungsverdacht gestellt werden, selbst dann, wenn die Lehrkraft sich strikt an Lehrpläne und pädagogische Standards hält. „Dies gefährdet das für Schule unverzichtbare Vertrauensverhältnis zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern“, sagt Bruns.

Der NRW betont, dass der Schutz vor Diskriminierung ein zentrales Anliegen aller am Schulleben Beteiligten ist. Wirksamer Schutz entsteht nach Überzeugung des Verbandes jedoch nicht durch pauschales Misstrauen und schwer handhabbare Beweislastregeln. Der NRW fordert die Landesregierung daher auf, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form zurückzuziehen oder ihn zumindest grundlegend zu überarbeiten und die spezifischen Belange der Schulen und Lehrkräfte ernsthaft einzubeziehen.

**Kontakt für Medien:**

Nordrhein-Westfälischer Lehrerverband (NRWL)

**Olaf Steinacker**

Pressereferent

Telefon: (0211) 177 44-115

Fax: (0211) 16 19 73

E-Mail: [presse@nrwl.de](mailto:presse@nrwl.de)

Graf-Adolf-Str. 84

40210 Düsseldorf

<http://www.nrwl.de>

**Meik Bruns**

Präsident NRW

Mobil: 0175 940 24 08

**Nordrhein-Westfälischer Lehrerverband (NRWL):**

Der NRW vereint die drei großen lehrerpolitischen Organisationen in NRW – den Philologenverband (PhV), den Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (vlw) sowie den Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs (vlbs). Er vertritt gemeinsam rund 30.000 Mitglieder an Gymnasien, Gesamtschulen, Weiterbildungskollegs, Wirtschaftsschulen und Berufskollegs und ist damit die mitgliederstärkste Interessenvertretung für Lehrerinnen und Lehrer im Land. Der Verband setzt sich für attraktive Arbeits- und Rahmenbedingungen für Lehrkräfte und gemeinsame berufspolitische Ziele ein. Dabei stehen eine verlässliche Bildungspolitik und eine qualitativ hochwertige schulische Bildung mit konkreten Berufs- und Studienperspektiven im Fokus.

Weitere Informationen unter [www.nrwl.de](http://www.nrwl.de)